

Mainz, den 10. Februar 2025

Pressemitteilung

71 Organisationen aus Mainz und Rheinland-Pfalz veröffentlichen Offenen Brief mit menschenrechtspolitischen Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Zusammen mit 70 weiteren regionalen und landesweiten Einrichtungen mit Sitz in Mainz hat sich der Initiativausschuss heute in einem Offenen Brief an die Wahlberechtigten und Kandidierenden des Wahlkreises 204 zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 gewandt.

Darin appellieren die Unterzeichner*innen an die Wahlberechtigten, sich mit ihrer Wahlentscheidung klar gegen Hass und Hetze zu positionieren und sich zur menschenrechtsfundierten Demokratie zu bekennen. Zugleich fordern sie die Wahlkreiskandidat*innen dazu auf, im weiteren Verlauf des Wahlkampfes auf spalterische Rhetorik gegen gesellschaftliche Minderheiten und gegen Errungenschaften der Demokratie zu verzichten.

*„Die hasserfüllte Erzählung von Rechtsaußen, wonach die Rechte und Sicherheit einer von ihnen eigenmächtig als völkisch-heteronormal definierten „Mehrheitsgesellschaft“ nur noch durch die Einschränkung der Rechte und Sicherheit von Minderheiten gewährleistet werden können, muss unter Demokrat*innen gleich welcher Partei auch im Wahlkampf auf entschiedenen Widerspruch stoßen“,* sagt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativausschusses.

Statt sich auf diese „Hass- und Hetze-Strategie“ von Rechtsaußen einzulassen, erwarten die Unterzeichner*innen des Offenen Briefs von den demokratischen Kandidat*innen im Wahlkreis 204, sich auch im laufenden Wahlkampf klar zu den Menschenrechten zu bekennen und auf dieser Grundlage sachlich und in gegenseitigem Respekt über evidenzbasierte und zukunftsorientierte Lösungen für die großen Herausforderungen zu streiten, denen Deutschland gegenübersteht. Dazu gehören u.a. Fragen

- der Wiederherstellung von (sozialer) Gerechtigkeit in einem der reichsten Länder der Erde und auf internationaler Ebene;
- des Umgangs mit der demografischen Entwicklung der Bundesrepublik und der Instandsetzung einer über Jahrzehnte vernachlässigten Infrastruktur;
- der Minderung der Folgen des menschengemachten Klimawandels und der Vermeidung seines ungebremsten Fortschreitens,
- des Umgangs mit autoritären und/oder imperialistischen Regimen, die auf globaler Ebene Nationalismus und kurzfristige Eigeninteressen an die Stelle einer multilateralen Ordnung setzen (wollen).

*„Wir - und mit uns viele, die an einer guten Zukunft für alle interessiert sind - werden gewählte Politiker*innen jetzt und in der Rückschau daran messen, ob sie sich diesen Herausforderungen gestellt und nach bestem Wissen und Gewissen um Lösungen bemüht haben. Wer das nicht tut und stattdessen zum Zwecke des Machterhalts oder der Machterlangung auf dem Rücken von Flüchtlingen, Migrant*innen und weiteren gesellschaftlichen Minderheiten Handlungsfähigkeit inszenieren will, der*die wird heute auf unseren Widerspruch treffen und sich morgen nach seiner*ihrer Verantwortung für die Erosion von Demokratie und Menschenrechten in Deutschland fragen lassen müssen“,* so Torsten Jäger abschließend.

Anlage:

Offener Brief vom 10.02.2025 - Menschenrechtspolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2025